

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Nach der Rohstoffkonferenz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1974) : Nach der Rohstoffkonferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 6, pp. 276-277

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134685>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



K Nach der Rohstoffkonferenz

Drei Wochen lang quälte sich die erste UN-Vollversammlung über Rohstoffe und Entwicklungsfragen in New York über die Runden. Vertreter von 136 Ländern waren angereist, um schließlich zwei – weder besonders neue noch sonderlich originelle – Papiere zu verabschieden. Wer die beiden Studien zur Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung und das entsprechende Aktionsprogramm untersucht, wird nämlich feststellen, daß sie im großen und ganzen die Forderungen enthalten, die von anderen internationalen Konferenzen, die mit ähnlichem Spesenaufwand abgehalten wurden, bereits hinreichend bekannt sind. Berücksichtigt man außerdem, daß die Zustimmung zu den Papieren zunächst weitgehend unverbindlich ist, so drängt sich zwangsläufig die Frage auf, welchen Sinn derartige Konferenzen überhaupt noch haben. Resignation und Enttäuschung liegen nahe. Dennoch wäre es voreilig, nun so zu tun, als sei nichts geschehen; denn in New York wurden möglicherweise unbemerkt die Weichen für eine Politik gestellt, die das Gesicht der Weltwirtschaft grundlegend verändern könnte.

Das wichtigste Anzeichen dafür bildet die Demonstration politischer Geschlossenheit der Entwicklungsländer. Die Gruppe der 77 – inzwischen auf 96 Mitglieder angewachsen – wird langsam zu einer ernstzunehmenden Machtkomponente innerhalb der weltweiten politischen Auseinandersetzungen. Schon ihre zahlenmäßige Überlegenheit innerhalb der verschiedenen UN-Gremien erlaubt es den beteiligten Staaten, jeden Beschluß mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit durchzusetzen. Konnte man aber bisher stets davon ausgehen, daß im Lager der Entwicklungsländer unüberwindbare Interessengegensätze bestehen, die ein vereintes Vorgehen unmöglich machten, so hat sich diese Situation grundlegend geändert, seit es den öproduzierenden Ländern gelungen ist, die Preise ihrer Produkte zu erhöhen und das Angebot zu verknappen. Seither keimt in den Rohstoffländern mit der Hoffnung auf ähnliche Erfolge ein neues Selbstbewußtsein – zumal Ökonomen und Politiker in aller Welt bisher nahezu einhellig behaupteten, daß ein derartiges Vorgehen erstens undenkbar und zweitens unmöglich sei. Heute aber zeigt sich nicht allein die Praktikabilität, sondern zusätzlich, daß die Öianbieter nicht nur wirtschaftliche, sondern auch wichtige politische Zugeständnisse erzielen können, ja daß sie ihnen förmlich aufgedrängt werden.

Zumindest solange Erdöl knapp bleibt, bestehen relativ gute Möglichkeiten zur Angebotsverknappung bei Naturkautschuk und Rohstoffen, die für die Faserherstellung benötigt werden. Das gilt auch für die Produzenten von NE-Metallen. Algeriens Präsident Boumedienne, der zu den Hauptinitiatoren der New Yorker Konferenz gehört, versteht es, die einmal geweckten Hoffnungen in diesen Ländern zu schüren. Er rechnet mit dem verstärkten Nationalismus, den vielfältigen Enttäuschungen der Vergangenheit und dem Wunsch, die bisherigen Beherrscher der Welt für alle ihre Fehler bezahlen zu lassen. Sein einfaches Rezept konzentriert sich daher auf das Recht auf Verfügung über die eigenen Rohstoffe und damit auf Verstaatlichung der verhaßten multinationalen Konzerne, die Bildung von Anbieterboards sowie auf eine Kopplung der Rohstoffpreise mit den Preisen der Importgüter aus den Industrieländern.

Diese Vorschläge mögen zwar jedem, der sich mit Kartellbildungen und ähnlichem beschäftigt hat, heute noch einigermaßen utopisch erscheinen; dennoch: völlig auszuschließen ist ihr Erfolg nicht mehr. Für die Ansicht etwa, daß rohstoffreiche Industrieländer wie Australien oder Kanada ihre Reserven schneller abbauen, um damit den Weltmarkt zu stabilisieren, spricht zur Zeit kaum etwas. Im Gegenteil: hier zeichnen sich – zumindest was die Preis- und Mengenpolitik betrifft – neue Allianzen der Rohstoffherzeuger ab, die bisher noch nicht in das politische Kalkül der Verbraucherländer eingegangen sind. Obwohl die Entwicklungsländer nur über etwa ein Drittel der wichtigen Rohstoffreserven (ohne Erdöl) verfügen, dürfte ihre Position insofern wesentlich stärker sein – nicht zuletzt deshalb, weil auch die rohstoffreichen Ostblockstaaten keine offene Politik gegen die Dritte Welt betreiben werden.

Gefahren für die neue Einigkeit der bisher „Machtlosen und Armen“ könnten sich allerdings daraus ergeben, daß bei weitem nicht alle Entwicklungsländer Rohstoffe haben. Sie müssen nicht nur die erhöhten Rohstoffpreise in Kauf nehmen, sondern haben auch zusätzliche Devisen für Importgüter aus den Industrieländern aufzubringen, deren Preise nicht zuletzt wegen der Rohstoffhausse gestiegen sind. Doch für diese Gruppe haben Boumedienne und andere Politiker, die sich gern in der Rolle eines Sprechers der Dritten Welt sähen, in vielfacher Weise gesorgt. Dabei wird vor allem betont, daß Schuld an ihrer Unterentwicklung insbesondere ausländische Mächte tragen. Das Aktionsprogramm enthält daher zahlreiche Forderungen gegen ausländischen Besitz, rassistische Diskriminierung, Apartheid, kolonialistische und neo-kolonialistische Herrschaft sowie gegen Ausbeutung durch andere Länder. Außerdem wurden die Interessen der armen Völker offensichtlich besonders stark bei der Konzipierung von Forderungen im Bereich der Ernährungs-, Industrialisierungs-, Handels- und Währungspolitik sowie bei der Schaffung eines Soforthilfeprogramms für bestimmte Staaten berücksichtigt.

Die westlichen Industrieländer stehen all diesen Entwicklungen offensichtlich einigermaßen fassungslos gegenüber. Sie haben bis heute noch keine gemeinsame Entwicklungs- und Rohstoffpolitik. Bei der allgemeinen Konfusion besteht die Gefahr, daß die mühsam errungenen Erfolge der Außenhandels- und Integrationspolitik vieler Jahre leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, um jetzt schnellstens den Versorgungsinteressen einer plötzlich teilweise in Panik geratenen Industrie und Administration entgegenzukommen. Bilateralismus und Bartergeschäfte dürften bald fröhliche Urständ feiern, wenn nicht in Kürze klare Programme entwickelt werden, die für die Mehrheit der Verbraucherländer Gültigkeit haben.

Dazu ist es vor allem notwendig, zunächst einmal festzustellen, welche Rohstoffe überhaupt knapp zu werden drohen. Weiter wäre zu prüfen, wie die versorgungs-, entwicklungs- und außenpolitischen Ziele in Einklang gebracht werden können und welche Möglichkeiten einer vorausschauenden Strukturpolitik durch Verlagerung bestimmter Industrien in Entwicklungsländer schon heute genutzt werden können. Außerdem muß Klarheit darüber geschaffen werden, auf welche Länder sich die Rohstoffpolitik in Zukunft konzentrieren soll, wie man ihre Wünsche erfüllen kann, ohne bewährte Prinzipien aufzugeben, und ob die Rohstoffpolitik vorwiegend von staatlichen oder privaten Institutionen getragen werden soll.

Eine derartig pragmatisch ausgerichtete Politik muß bereit sein, notwendige Konzessionen zu machen und weltanschaulichen und politischen Ballast endlich über Bord zu werfen. Das heißt, daß man längst überfällige Maßnahmen – wie etwa Rohstoffabkommen, ein weltweites Präferenzsystem, eine Währungsreform oder auch nur den Link zwischen Sonderziehungsrechten und Entwicklungshilfe – endlich einmal verabschiedet, anstatt ständig nur von ihnen zu reden. Das Verschieben der Probleme von einer Konferenz auf die andere ist eine Taktik, die längst von allen Seiten durchschaut worden ist und die die Industriestaaten immer stärker in die Defensive drängt. Die Frage ist nicht, wo man die Probleme löst, sondern wie sie gelöst werden. Die politisch erwachten Entwicklungsländer werden ihre Forderungen mit mehr Gemeinsamkeit als bisher verfolgen – gleichgültig ob bei einer Welternährungs- oder Weltbevölkerungskonferenz, in der UNCTAD, im GATT oder im UN-Ausschuß für multinationale Unternehmen. Die westliche Welt wäre gut beraten, wenn sie sich darauf einstellte.